

Pressemitteilung vom 18.12.2009

Freie Wähler wollen Besetzung des BayernLB-Verwaltungsrats ändern

Streibl: Mehr Kontrolle und Sachverstand, weniger Parteibuchwirtschaft –HGAA-Desaster schadet auch dem Oberland

München (do/lu). Die Freien Wähler im Bayerischen Landtag haben die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag erneut aufgefordert, die Besetzung des Verwaltungsrats bei der Bayerischen Landesbank zu ändern. Florian Streibl, MdL aus Oberammergau sagte, spätestens nach dem Milliardendebakel um die BayernLB-Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) seien Schadensbegrenzung, Aufklärung und Sanierung der Landesbank nur noch möglich, wenn die Verantwortung auf viele Schultern verteilt werde. „Wir haben schon im Juni dieses Jahres in einem Änderungsantrag gefordert, sowohl Ministerpräsident Seehofer persönlich als auch mindestens je einen Vertreter der Oppositionsfraktionen des Bayerischen Landtags in den Verwaltungsrat der BayernLB zu entsenden.“

Streibl kritisiert, dass seither nichts geschehen ist. „Man sieht schon anhand der Aufstellung des jetzigen Verwaltungsrats, dass die Staatsregierung nichts anbrennen lassen will. Dennoch brennt jetzt die Hütte, weil in Sachen Landesbank immer nur Regierungs- und Parteibuchwirtschaft dominierten, obwohl mehr Kontrolle und Sachverstand dringend geboten wären.“

Den fehlenden finanztechnischen Sachverstand wollen die Freien Wähler durch eine Verschärfung der Anforderungen für externe Mitglieder des BayernLB-Verwaltungsrates erreichen. Streibl dazu: „Bisher muss mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats über ‚Sachverstand in Rechnungslegung und Abschlussprüfung‘ verfügen. Das ist doch ein schlechter Treppenwitz bei einer landeseigenen Bank, die regelmäßig Milliardensummen bewegt. Wir fordern deswegen drei externe Mitglieder, von denen mindestens eines fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Aktivgeschäft, im Passivgeschäft und im Immobiliengeschäft nachweisen muss. Mehr Kontrolle und Sachverstand, weniger Parteibuchwirtschaft ist die Devise. Seehofer hat ja bereits strukturelle Konsequenzen gefordert, da kann er gleich mit unserem Vorschlag beginnen, so lange von der Staatsregierung nichts Besseres kommt.“

Die Steuergelder, die hier bei der HGAA verbrannt wurden, ließen den Nachthimmel über Bayern taghell erscheinen.

Die Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen im Oberland tragen anteilig ein gehöriges Maß an Folgekosten mit. Umgerechnet auf die Einwohnerzahlen müssen die Menschen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen 26,02 Mio. Euro schultern, die Tölzer gar eine Summe von 39,4 Mio. Euro und die Menschen im Landkreis Weilheim-Schongau 36,4 Mio. Euro, während die Bürgerinnen und Bürger im Miesbacher Landkreis 28,6 Mio. Euro zu schultern haben.

Abgeordnetenbüro Florian Streibl MdL
Ludwig Utschneider M.A. – Referent
Othmar-Weis-Straße 5 – 82487 Oberammergau
Email: referent@florian-streibl.de
Telefon: 08822 / 935282; Fax: 08822/935287
www.florian-streibl.de